

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsbeginn für die Monate 11.-23. 9. 2000000 Mk., durch unsere Ausleger pagiert in der Stadt 2 100 000 Mk. auf dem Lande 2 150 000 Mk., durch die Post monatlich entprechend. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Ausleger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Bezugspreis für die 4-spaltige Raumzeile 100 Mk. mit Wochen-Schiffelzahl (Woche n. 16.-22. 9. 12 000) Raumzeile 250 Mk. mit Wochen-Schiffelzahl, amtliche Anzeigen, die 2-spaltige Raumzeile 300 Mk. mit Wochen-Schiffelzahl. Nachweisungsgebühr 100 Mk. mit Wochen-Schiffelzahl. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Fschunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 111.

Sonnabend / Sonntag 22. / 23. September 1923

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Der Aufsichtsrat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschloffen, den **Grundpreis für Licht und Kraft für die Abrechnung Oktober 1923 je Kwstd. auf 9 Millionen Mark** = 20 Pf. bei einem Dollarstand von 180 Millionen Mark festzusetzen. Die übrigen Gebühren erhöhen sich sinngemäß. Die Ausgabe der Rechnungen erfolgt ab 25. September 1923 und werden die Abnehmer gebeten, den 2500fachen Jahresrechnungsbetrag bezw. den 25fachen Betrag der letzten Nachzahlungsbetrag ab

diesem Termin bereit zu halten. Bei späterer Ablieferung erfolgt Bankzinsberechnung lt. unserer an die Gemeinden ergangenen Bekanntmachung. Bei weiterer harter Geldentwertung behält sich die Verbandsleitung Nachzahlungen vor.

Gröba, den 19. September 1923. 3117 Elektrizitätsverband Gröba.

Die **Geschäftsräume des Verwaltungsgebäudes** bleiben **geschlossen**. Montag und Dienstag, den 24. und 25. d. M. wegen Reinigung. Stadtrat Wilsdruff.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Besprechung zwischen Baldwin und Poincaré ergab eine Annäherung des englischen und französischen Standpunktes in der Reparationsfrage.
- Die deutsche Regierung bezeichnete die Zurückführung der Vertriebenen erneut als Voraussetzung für die Einstellung des passiven Widerstandes.
- Der Reichstag ist für Mittwoch, den 26. September, einberufen worden.
- Fieldmarschall Hindenburg machte in einer Ansprache in München zum unbedingten Festhalten Bayerns am Reiche.
- Die Franzosen haben das Schloß in Mannheim besetzt und die darin befindlichen Behörden stillgelegt.

Keine Kapitulation!

Dem deutschen Volke ist, wie seine Geschichte lehrt, in geographischer und geistiger Hinsicht beinahe doppelt die Last zu tragen beschieden worden. Während z. B. der insulare Charakter Englands das in den vereinigten Königreichen hausende Volk nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch psychologisch durch die Jahrhunderte auf sich selbst stellte, ist Deutschland ebenfalls seit Jahrhunderten, und in denen man es als die Herzammer Europas pries und in denen man es als den Stützpunkt der Welt betrachtete, in der Umgebung preisgegeben gewesen. Wir alle wissen aber, daß, wie der einzelne Mensch, so auch ein ganzes Volk, nur durch einen Zusammenbruch nicht auf sich selbst gestellt werden kann. Es ist zu unserem Verhängnis geworden, daß wir, anders als das Frankreich nach 1871, nach dem Zusammenbruch nicht die Kraft zu einer inneren Erneuerung der Nation fanden, indem wir unter den verheerenden Krieg einen großen Strich zogen, und die Niederlage innen- und außenpolitisch, vor allem aber finanziell, nicht durch eine einzige große Kraftanstrengung aus der Welt schafften. Und schon wieder droht ein neues und noch größeres Verhängnis der gleichen Art.

Das **N u r d e u t s c h t u m** hat monatelang mit einem Mann und einer Lebenskraft, von der im Hinterlande nur die wenigsten eine angemessene Vorstellung haben, einen Kampf geführt, der in aller Geschichte ohne gleichen ist und noch in fernsten Zeiten als ein Beispiel heldenmütiger Vaterlandsliebe weiterleben wird. Wäre es nun aber ein standeswürdiges Verbrechen, wenn unsere heldenhaften Brüder an der Ruhr die endgültige Wiederkehr geordneter Zustände erblickten? Wäre das tadelnswert, auch wenn sie hinzufügen, daß sie weiterkämpfen wollen, bis dem Reiche und ihrem Volke ehrenvolle Verhandlungsbedingungen zugestanden werden? Dürfte man, wenn die Reichsregierung diesem Standpunkt pflichtgemäß auch außenpolitisch Geltung verschaffen will, daraus einen Anlaß zu innerem Hader herleiten? Das kann nicht zugestanden werden, denn diejenigen, die sich nur aus parteipolitischen Erwägungen heraus dagegen auslehnen, haben die Pflicht, sich genau zu überlegen, woher wir das Geld zur Fortführung des Kampfes hernehmen sollen. Und sie müssen sich vor allem überlegen, bis in welche Abgründe die deutsche Währung bei weiterem Anwachsen der daraus entstehenden ungeheuerlichen Lasten noch fallen würde.

Es ist an sich durchaus begreiflich, daß bei uns Stimmen lebendig werden, die vor einer zweifachen Unterschrift warnen. Die Spuren von Versailles schreden. Und es ist begreiflich, wenn von deutschnationaler Seite jetzt in einer Erklärung die Verantwortung für eine „Politik der Schwäche“ abgelehnt wird. Wie steht es mit der Warnung vor einer „Kapitulation“? Es steht so, daß das Organ des Herrn Poincaré erklärt, die Bedingungen, an die Stresemann eine erfolgreiche Führung der Verhandlungen knüpft, seien tatsächlich auf nichts anderes als auf eine Kapitulation — Frankreichs hinaus! Andererseits muß man auf der äußersten Rechten sicherlich zu Besorgnissen kommen, wenn ein Berliner Blatt schreibt, das Kabinett habe die Aufgabe des passiven Widerstandes beschlossen. Diese freche Erfindung wird

stets prompt ihre Strafe nach sich ziehen, aber der Schaden im In- und Auslande wird sich sicherlich viel weniger prompt wieder gutmachen lassen.

Nötiger denn je ist es deshalb, zu atmen nicht noch neuen gefährlicheren Hader hinzuzufügen. Nötiger denn je ist, daß man sich in allen Zeiten und Schichten des deutschen Volkes vor Augen hält, was wirklich vorgeht. Auch die Kräfte des tapfersten Heldennutzes haben ihre Grenzen in der menschlichen Kraft. Das Ruhrdeutschum ist trotz allem entschlossen, den Kampf weiterzuführen. Die Reichsregierung hat den Feinden die deutschen Bedingungen mitgeteilt. Sie heißen Räumung des Ruhrgebietes mit der Herstellung der dortigen Wirtschaft, Wahrung der deutschen Ehre, Rückkehr vor allem der Vertriebenen und Verurteilung. Die Durchsetzung dieser Bedingungen kann niemand Kapitulation nennen. Das Ziel ist, das Reich zu erhalten, und in diesem sind wir uns alle einig. Die heutige militärische und außenpolitische Lage des Vaterlandes führt vor allem zwangsläufig dazu, daß wir uns auch über die Mittel einig werden, die unter den heutigen Verhältnissen allein zu einem solchen Ziele führen können.

Die deutschnationale Erklärung.

Die vereinigten deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages haben in Anwesenheit von Vertretern der Bayerischen Mittelpartei (deutschnationale Volkspartei in Bayern) beschlossen, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es heißt:

Wir erheben in letzter Stunde scharfen Einspruch gegen die von der Regierung Stresemann unter Beschluß des Kuries eingeschlagene Politik, die offensichtlich eine Verhöhnung um jeden Preis mit dem habsfürstlichen und unversöhnlichen Frankreich erstrebt. Solche Politik kann nur zur vollen Kapitulation führen. Eine Preisgabe des Widerstandes an Rhein und Ruhr durch Zurückziehung der Anordnungen der Regierung müßte und dem französischen Diktator widerstandslos unterwerfen. Damit kann dem deutschen Volke nicht geholfen, der volle wirtschaftliche und politische Zusammenbruch nicht aufgehalten werden. Kapitulation und Unterschrift bedeuten nicht die Rettung, sondern fügen nur Not die Schande. Wir aber wissen, daß unser Volk noch stark genug ist, sich der Schande zu erwehren.

Die deutschnationale Volkspartei lehnt am Schluß die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Schen vor letzten Entscheidungen ab. Sie erklärt, daß sie deren Ergebnisse niemals anerkennen würde.

Der deutsche Standpunkt.

Zum passiven Widerstand.

Berlin, 20. September.

Zu der von Havas mitgeteilten Bereitschaft der französischen Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland, wenn der passive Widerstand aufhört, wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt:

Den Alliierten ist bekannt, daß auch Deutschland nichts anderes erstrebt, als eine Basis für die endgültigen Reparationsverhandlungen zu schaffen, die der französische Ministerpräsident jetzt in Aussicht stellt. Deutschland ist bereit, zu diesem Zwecke alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Arbeit des Ruhrgebietes wieder herzustellen. Dabei liegt aber auf der Hand, daß der praktische Erfolg aller Schritte, die Deutschland in dieser Richtung tun kann, durch das bedingt ist, was die Alliierten ihrerseits daraufhin tun. Eine Verdrückung des Ruhrgebietes und eine Wiederannahme normaler wirtschaftlicher Funktionen ist auch nur für die Dauer eines Provisoriums schwer denkbar, wenn nicht die Verurteilung anerkannt werden, die ausgewiesenen zurückzuführen können und solange die Verwaltung nicht wieder in die Hände der deutschen Beamten gelangt ist. Ebenso hängt das Wiederanleben der besetzten Gebiete davon ab, daß die freie Arbeit gewährt, leidet wird und der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet gesichert ist. Wird ein solcher Zustand mit möglichster Beschleunigung hergestellt, so ist das die Voraussetzung dafür, die Reparationsfrage selbst durch effektive Zahlungen in einer Weise zu lösen, die die Räumung des Ruhrgebietes in sich schließt und den vertrauensmäßigen Zustand im Rheinlande wiederherstellt.

Baldwins Unterredung mit Poincaré.

Der englische Ministerpräsident Baldwin hat auf der Rückreise von seinem Urlaub nach London seinem Kollegen Poincaré einen Besuch abgestattet, bei dem es außer dem üblichen politischen Gespräch eine Unterredung hinter verschlossenen Türen gab, von der die wichtigsten politischen Entscheidungen erwartet werden. Das französische halbamtliche Havas-Bureau sagt zu dieser absolut geheimen Unterredung u. a.: Der Besuch, den der englische Premierminister vor seiner Rückkehr nach London dem Präsidenten der Republik und seinem französischen Kollegen abstattete, habe den Wiederbeginn

vertrauensvoller Zusammenarbeit

zwischen den beiden Regierungen ankündigen sollen. Havas will darin das Zeichen einer tiefen und reinen Verständigung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Methoden gegenüber Deutschland erkennen. Für die Alliierten Frankreichs, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache sich die Kooperation mit bezahlt. Sicher sei, sagt Havas, daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des systematischen Widerstandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig sei, der ihr von Berlin aufgezwungen werde. Das Kabinett Stresemann selbst gebe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keinen Täuschungen mehr hin.

Unter diesen Umständen sei Poincaré bereit, die Verhandlungen mit dem Reiche wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Beschränkungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden.

Poincaré hatte sich immer noch an diese unerlässliche Bedingung. Es sei nicht überraschend, so führt die halbamtliche französische Agentur weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Begründung und der Stärke der Überzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen habe. In seiner Frage bestehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen, und man hoffe, daß es in Berlin verstanden werde. — Etwas zurückhaltender ist der Bericht, den die englische Wochenschrift in Paris veröffentlicht. Darin heißt es: Man kann nicht erwarten, daß im Laufe einer einzigen Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin endgültige Lösungen festgehalten werden könnten, aber die beiden Staatsmänner sind glücklich gewesen, ihre gemeinsame Auffassung darzulegen und festzustellen, daß in keiner einzigen Frage eine verschiedene Auffassung über die Ziele oder eine grundsätzliche Differenz besteht.

Zunächst keine neue Zusammenkunft.

Eine Pariser Reuter-Nachricht besagt, in britischen Kreisen verlautet, daß keine weitere Zusammenkunft zwischen den beiden Premierministern stattfinden werde, wenn Poincaré nicht darum ersuche; dies sei aber nicht wahrscheinlich. Baldwin sei dem Vernehmen nach „ganz befriedigt“ von den Ergebnissen der Unterredung.

Das Mannheimer Schloß besetzt.

Neuer französischer Willkürakt.

Mannheim, 20. September.

Die Franzosen besetzten in Stärke von drei bis vier Kompanien, die mit Maschinengewehren ausgerüstet waren, heute früh das Mannheimer Schloß und stellten an sämtlichen Zugängen Posten auf.

Dadurch hat die Besetzung Mannheims, die sich bisher auf den Hafen beschränkte, eine weitere Ausdehnung erfahren. Über die Gründe, die zur Besetzung führten, ist bisher noch nichts bekannt. Da das Schloß mit den Straßenausgängen zur Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen gelegen ist, dürfte es sich um eine Ausdehnung des Druckkopfes Mannheim handeln. Die Schloßbesetzung kam überraschend. Die Zugangsstraßen zum Schloß werden von schwarzen Maschinengewehrposten besetzt. Die Zugänge zum Schloß und auch zum Schloßhof werden dem Publikum verwehrt. In dem Schloß befinden sich staatliche und städtische Behörden sowie auch sämtliche Gerichtsbehörden. Französische Gendarmerie hat sich im Schloß einquartiert. Um den riesigen Bau (das Schloß ist das größte in Deutschland) wurde ein harter Ring gezogen. Was im Schloß vorgeht, ist nicht bekannt. Es darf nie-